

- ➔ Kommunalwahlen im Baskenland
- ➔ Sauberer Danielowski – Die Träume des OB's
- ➔ Nazis, Bullen, Deutsche – Die Antifa-Aktionen in Mittenwald
- ➔ Agenda 2010, die Kritik der Gewerkschaften und wo ist der Widerstand?

27. 6.1993/2003 - Zehn Jahre nach dem Tod von Wolfgang Grams
Glaubt den Lügen der Mörder nicht!

Geschichte gegenwärtig machen



Black Box BRD Tatort: Bahnhof Bad Kleinen, 27. Juni 1993. Ein GSG9-Kommando schlägt gegen die RAF zu. Birgit Hogefeld wird überwältigt und ist seither in Haft, Wolfgang Grams stirbt durch einen Kopfschuss. Staatliche Diagnose: Selbstmord. Aussagen von ZeugInnen und gerichtsmedizinische Daten sprechen hingegen für eine Hinrichtung im Dienste des Staates.

Zehn Jahre danach haben die Autonome Antifa [M] und Libertad! zu einer bundesweiten Initiative unter dem Motto: „Befreiung als Perspektive – Repression als Reaktion – Solidarität als Antwort“ aufgerufen.

Die Kampagne orientiert sich an Schwerpunkten, die für die radikale Linke weiterhin von Bedeutung sind. Im Mittelpunkt stehen daher nicht Details der RAF-Geschichte oder eine Diskussion über das Für und Wider des bewaffneten Kampfs, die in der heutigen Situation ohnehin eine rein abstrakte wäre. Vielmehr soll deutlich gemacht werden, dass der bewaffnete Kampf keine abgeschlossene Episode linksradikaler Vergangenheit ist, die nunmehr zu den Akten gelegt werden könnte. Als Erfahrung der Niederlage, aber auch als Bewusstsein der Möglichkeit, das System direkt anzugreifen, ist er noch immer präsent.

Gegengeschichte

Die Wiederaneignung der eigenen Geschichte durch die revolutionäre Linke ist notwendig, um die staats-tragenden Legenden nicht unwidersprochen stehen-zulassen –

gegensetzen: Die Militanten der RAF waren keine halbhirnen EinzeltäterInnen, sondern Teil einer starken linken Bewegung in einer Zeit weltweiter Kämpfe. Für viele war der bewaffnete Kampf gegen Staat und Imperialismus nicht nur legitim, sondern schien auch eine realistische Perspektive. Nichts also mit „Sechs gegen 60 Millionen“!

Mittlerweile nimmt eine neue Generation die Geschichte in die Hand. Die heutige deutsche Linke wächst nicht mehr mit gesprengten Deutsche Bank-Chefs und Knastneubauten auf, sondern mit Jan Delay und RAF-Mode. Zwar lässt sich kritisieren, dass in dieser kulturellen Aufbereitung eine unpolitisch-postmoderne Herangehensweise vorherrscht, die die Stadtguerilla aus dem geschichtlichen Zusammenhang reißt und zum Popevent degradiert; aber ebenso, wie beim „Räuber und Gendarm“-Spiel die Rolle des Räubers die beliebtere ist, sind die ProtagonistInnen des bewaffneten Kampfs erst einmal der sympathischere Part. An der Linken liegt es, die individuelle Faszination mit politischen Hintergründen zu ergänzen und klarzumachen, dass es sich beim Kampf gegen den Kapitalismus nicht um ein Spiel handelt.

Hinzu kommen neue Praxiserfahrungen: Waren die letzten Jahre des vergangenen Jahrhunderts geeignet, ernste Zweifel zu wecken, so hat der „Summer of resistance“ das Bewusstsein darüber wieder erweckt, dass es den Kampf um Befreiung so lange geben wird, wie

Magdeburger §129a-Verfahren: Demnächst Prozessbeginn?

Magdeburg. Seit November 2002 sitzen Marco Heinrichs und Daniel Winter aufgrund des Vorwurfs „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ in U-Haft, im April 2003 wurde Carsten Schulze in einer überfallartigen Aktion als dritter Beschuldigter festgenommen. Den Magdeburgern werden zwei Anschläge des „Kommandos Freilassung aller politischen Gefangenen“ im März 2002 zur Last gelegt: Sie sollen für einen Brandsatz (der nicht zündete) unter einem BGS-Fahrzeug und für den Wurf eines Molotow-Cocktails gegen die Fassade eines LKA-Gebäudes verantwortlich sein; inzwischen wurde die Anklage auf weitere unaufgeklärte Anschläge in der Region Magdeburg ausgedehnt. Wie es der Funktion des §129a als Baseballkeule der politischen Justiz entspricht, sind darüber hinaus die Gruppe „Autonomer Zusammenschluss Magdeburg“ und auch die Soli-Zusammenhänge von Kriminalisierung bedroht. Die Soligruppe Magdeburg geht davon aus, dass der Prozess spätestens Ende des Sommers eröffnet wird. Zu diesem Anlass wird es eine bundesweite Demonstration geben; ob in Magdeburg oder in Naumburg, wo der Prozess stattfinden wird, stand zu Redaktionsschluss noch nicht fest. Achtet also auf Ankündigungen – diese und weitere Infos sind unter www.soligruppe.de zu finden.

BEEFREIUNG

...: ALS PERSPEKTIVE::

sen – wer sich die Vergangenheit rauben lässt, dem werden zugleich die Grundlagen für die gegenwärtige Politik genommen.

Die Ausgangssituation ist dabei günstiger als noch vor wenigen Jahren, als anlässlich des zwanzigsten Jahrestags der Stammheimer „Selbstmorde“ die staats-tragende Geschichtsschreibung zementiert werden sollte; die mediale Lufthoheit lag bei der staatlichen Darstellung. Die damalige Linke war nicht in der Lage, außerhalb der eigenen Zirkel dem Märchen vom „Todesspiel“ die Tatsachen ent-



REPRESSION

::: ALS REAKTION:::

der Kapitalismus existiert. In Göteborg und Genua hat die heutige Politgeneration einen Vorgeschmack darauf erlebt, das System herauszufordern. Massenbewegung und Militanz, Repression und polizeiliche Todesschüsse gehören ebenso zu ihren Erfahrungen wie die daraus gezogenen Konsequenzen: Rückzug und Distanzierung bei den einen, die Erkenntnis des ge-

waltförmigen Charakters des Systems und der Notwendigkeit seiner Abschaffung, die nun einmal nicht gewaltfrei erfolgen wird, bei den anderen. Der Zugang zu den Hintergründen des bewaffneten Kampfs fällt unter diesen Ausgangsbedingungen leichter als für die radikale Linke des vergangenen Jahrzehnts, die sich zunächst konkret mit den Aktionen der Stadtguerilla und später mit deren Scheitern auseinandersetzen musste.

Gegenwärtig Geschichte machen

Die Konzentration auf das Hier und Jetzt führt jedoch auch dazu, dass der Bezug auf die Geschichte in den Hintergrund tritt. So traf die Initiative zum zehnten Todestag von Wolfgang Grams zwar bei vielen Antifa-Gruppen auf grundsätzliches Interesse, die Bereitschaft zur aktiven Beteiligung war aber eher gering. Positiv ist dagegen zu vermerken, dass sich neben den verschiedenen Städtegruppen von Libertad! und „alteingesessenen“ Antifas wie beispielsweise der Organisierten Autonomie (OA) Nürnberg auch jüngere Antifa-Zusammenhänge aus Leverkusen und Bad Homburg der Kampagne angeschlossen haben. Dennoch kam außer einer Zeitungsbeilage in der „jungen Welt“ kein bundesweites Projekt zustande, ansonsten finden ausschließlich regionale Aktivitäten statt.

Das Themenspektrum ist hierbei recht weit gefasst: Ein wesentlicher Punkt ist das Gedenken an den Genossen Wolfgang Grams, der den Mut besaß, dem System in letzter Konsequenz den Kampf anzusagen; ebenso die konkreten Ereignisse von Bad Kleinen, beispielsweise bei einer Demonstration des Komitee 18. März Münster am 27. Juni 2003. (Münster ist der Wohnort des Gerichtsmediziners Prof. Brinkmann, der einen so akrobatischen „Selbstmord“ Wolfgang Grams, konstruierte, dass die Methode Möllemann daneben geradezu hausbacken wirkt.)

Auch die Forderung nach Abschaffung der Gesinnungsparagrafen 129, 129a und 129b und die Kriminalisierung linker AktivistInnen anhand dieser Gesetze ist ein Schwerpunkt, mit dem sich aus aktuellem Anlass insbesondere die Soligruppe Magdeburg und GenossInnen in Nürnberg befassen: Drei Genossen aus Magdeburg sitzen wegen des Vorwurfs „Bildung einer terroristischen Vereinigung“ (§129a) in U-Haft, in Nürnberg wird der § 129b erstmals gegen Linke angewandt, nämlich gegen den baskischen Aktivist Paulo Elgoro (siehe dazu Randspalte beziehungsweise Artikel in dieser Ausgabe). Und unter allen Aktivitäten der Kampagne steht die Forderung: Freiheit für alle politischen Gefangenen! Freiheit für die GenossInnen aus der RAF, die bis heute mit Isolationsföller dafür bestraft werden, dass sie keine Reue über ihren Entschluss zum bewaffneten Kampf bekunden, für die FreundInnen aus Kurdistan und der Türkei, ... – für alle, die gefangen sind, weil ihr Ziel die Befreiung ist.

In einer ersten Zwischenbilanz der Kampagne lässt sich festhalten, dass die Geschichte der Stadtguerilla wie auch grundsätzliche Fragen nach der eigenen Praxis, staatlicher Repression und linker Solidarität durchaus auf Interesse stoßen – zumeist allerdings auf ein eher passives, was aber auch auf die Schwierigkeit zurückzuführen ist, zu einem ge-



schichtlichen Bezugspunkt praktisch zu arbeiten.

Dass es möglich ist, aktuelle Aspekte in den Vordergrund zu stellen, hat eine Veranstaltung der Autonomen Antifa [M] und der Roten Hilfe Göttingen zum 18. März (Tag der politischen Gefangenen) gezeigt: Der Erfahrungsbericht des Berliner Aktivisten Jesse-Björn, der nach den Anti-EU-Protesten in Göteborg 2001 festgenommen und zu zwei Jahren hinter original schwedischen Gardinen verurteilt wurde, sorgte für ein volles Haus und einen umfassenden Einblick in die Mechanismen politischer Justiz und EU-weiter Kriminalisierung, die Situation als politischer Gefangener sowie die Möglichkeiten und Schwächen der Soli-Arbeit anhand eines Beispiels aus der direkten Lebensrealität der heutigen Linken.

Ein anderes Ziel wurde, nicht zuletzt aufgrund des Fehlens einer zentralen Aktion, nicht erreicht: Es ist nicht gelungen, die bürgerliche Öffentlichkeit mit den Absurditäten der staatlichen „Selbstmord“-Behauptung zu konfrontieren und somit die Debatte einmal von links anzustoßen.

Wie weit es gelungen ist, in der Linken selbst die Verknüpfung von Geschichtsbewusstsein und aktuellen Fragen herzustellen, kann sich nur langfristig erweisen. In Praxis übersetzt, kann das beispielsweise heißen, Solidaritäts- und Antirepressionsarbeit als Feld einer politischen Auseinandersetzung zu begreifen, die über juristische und materielle Unterstützung hinausgeht. Ebenso wichtig ist es zu vermitteln, dass der ernsthafte Kampf für die Befreiung der Gesellschaft nicht denkbar ist, ohne wenigstens einen Teil der eigenen Existenz diesem Ziel zu widmen – ob im Untergrund das gesamte Leben oder in legalen Zusammenhängen zumindest Zeit und Energie.

Und richtig ist es allemal, immer wieder den roten Faden aufzugreifen, der die Gegenwart mit der Vergangenheit verbindet: Es gibt kein Ende der Geschichte – der Kampf geht weiter, ob mit oder ohne Guerilla.

SOLIDARITÄT

::: ALS ANTWORT:::



Bestellungen oder Kataloge:

in Göttingen:

Antifaversand red stuff
c/o Buchladen, Nikolaikirchhof 7,
37073 Göttingen
antifaversand-goettingen@puk.de

oder in Berlin:

Antifaversand red stuff
Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin
antifaversand-berlin@puk.de



Kein Ende der Repression gegen die baskische Linke in Sicht – Verbote und Kriminalisierung im Baskenland, Auslieferung von UnterstützerInnen.

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen



Am Sonntag, dem 25. Mai 2003, gingen in Spanien die Kommunal- und Regionalwahlen zu Ende. Sie standen in den vier baskischen Provinzen Gipuzkoa, Araba, Bizkaya und Navarra ganz im Zeichen der vorangegangenen Repression. Nachdem im März 2003 die linke Partei Batasuna verboten worden war, wurde auch die eiligst aus der Notlage entstandene „Plattform für das Selbstbestimmungsrecht“ (AuB) kriminalisiert. Begründet wird die seit 1998 extrem verstärkte Repression der spanischen Regierung mit dem immer gleichen Konstrukt: Die linken, nach Unabhängigkeit strebenden Gruppen und Organisationen seien integraler Bestandteil der ETA.

Die Geschichte der Linken im Baskenland, Euskal Herria, wie die BaskInnen sagen, ist lang. Sie geht von der Anti-Atomkraft-Bewegung über feministische Auseinandersetzungen bis zur aktuellen Antiglobalisierungsbewegung. Ihre Hauptantriebskraft war und bleibt aber wohl der Wille zur Unabhängigkeit vom spanischen Zentralstaat. Aber mit der konservativen Aznar-Regierung in Madrid, wo auch die spanischen Sozialisten gerne an der „antiterroristischen“ Politik mitstricken, sind die Hoffnungen auf Unabhängigkeit und ein Ende spanischer Bevormundung weit in die Ferne gerückt.

Legale Organisierung ist im Baskenland heute nahezu unmöglich. So wurden in der Vergangenheit immer wieder baskischsprachige Medien verboten, wie 1998 die Zeitung und der Radiosender EGIN und im Februar 2003 die Tageszeitung Euskaldunon Egunkaria. Acht JournalistInnen der Egunkaria gaben nach ihrer Freilassung an, dass sie gefoltert wurden. Auch die Solidaritätsstrukturen für politische Gefangene, Gestoras pro Amnistia und Askatasuna, wurden illegalisiert. Den spanischen Sicherheitsstrategen geht es vor allem darum, jegliches öffentliches Streben nach Unabhängigkeit zu unterdrücken. Entsprechend schnell sind die Verbotserfügungen des spanischen Ermittlungsrichters Baltasar Garzon.

Das bekommt auch die baskische Jugendbewegung zu spüren. Nachdem schon in der Vergangenheit die beiden aufeinander folgend gegründeten Jugendorganisationen Jarrai und Haika verboten worden waren, traf es 2002 die neu gegründete Jugendorganisation Segi. Aber es ist nicht nur der Wille, die Agitation unter den baskischen Jugendlichen zu unterbinden, sondern vor allem ihre Militanz, die den spanischen Behörden und ihren baskischen StellvertreterInnen immer wieder ein Dorn im Auge ist. „Kale Borroka“ – Straßenkampf, der militante Angriff auf staatliche Stellen oder das Anzünden von Barrikaden und Telefonzellen, wird im spanischen Teil des Baskenlandes teilweise schärfer verurteilt als Mord. So wird zum Beispiel das Anzünden einer Telefonzelle mit zwei Jahren Haft geahndet; wenn ein „politischer Hintergrund“ festgestellt wird, stehen 16 Jahre ins Haus.

Seit Sommer 2002 geht es auch der parlamentarischen Linken an den Kragen. Die sozialistische Partei Batasuna (Einheit) wurde im März 2003 endgültig verboten. Dem zuvor ging die Aussetzung ihrer Aktivitäten, die Schließung ihrer Parteibüros und die Beschlagnahmung ihrer Konten im August 2002. Das im

Sommer eigens dazu verabschiedete Parteiengesetz steht ganz im Zeichen der westeuropäischen Rechtsentwicklung. Batasuna wurde verboten, weil sie etwas nicht tat, nämlich sich ausdrücklich von den Anschlüssen der ETA zu distanzieren. Mittlerweile ist Batasuna auf Bestreben der spanischen Regierung sogar auf der Terrorliste der Europäischen Union gelandet.

Ähnlich erging es nun auch der eiligst gegründeten „Plattform für das Selbstbestimmungsrecht“ (AuB). Sie wurde von der Teilnahme an den Kommunal- und Regionalwahlen ausgeschlossen. Die Artikulation einer linken, auf Unabhängigkeit bedachten Stimme sollte unterbunden werden. Das ist den spanischen Behörden allerdings nicht gelungen.

Über 160.000 Menschen stimmten, trotz Annullierung von 224 kommunalen Listen und der Plattform für das Selbstbestimmungsrecht (AuB) auf Provinzebene, für die linke baskische Unabhängigkeitsbewegung. Verbote, Beschlagnahmung von Wahlzetteln, etliche verhaftete und verprügelte KandidatInnen und gewalttätige Auflösungen von Wahlveranstaltungen konnten dies nicht verhindern. Eine „Garantiekommision“ aus 3.500 GewerkschafterInnen, KünstlerInnen, Mitgliedern sozialer Organisationen und WahlbeobachterInnen aus der ganzen Welt sorgte dafür, dass die annullierten Stimmen für diese Listen extra ausgezählt wurden und somit den Wählerwillen repräsentieren. Eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen den Ausschluss von den Wahlen ist anhängig. Wegen des Ausschlusses von fast 20 Prozent der WählerInnen bezweifelten BeobachterInnen linker Parteien anderer Länder, ob man im Baskenland überhaupt noch von demokratischen Wahlen sprechen könne.

Die Wahlergebnisse aber zeigen, dass auch der weitere Versuch der Unterdrückung der baskischen Unabhängigkeitsbewegung nicht das gewünschte Resultat erbracht hat. Weder die in Madrid regierende Volkspartei (PP) noch die spanischen Sozialisten (PSOE) konnten stabile Mehrheiten erlangen. Profitiert vom Ausschluss der Linken haben eher die konservativen baskischen Nationalisten, die sich nun eifrig daran machen, den von den spanischen Behörden geschaffenen Status Quo anzuerkennen. In ganzen 30 Gemeinden muss im Herbst neu gewählt werden, da nach der Annullierung niemand „autorisiert“ zur Wahl stand. Das Ausschalten der baskischen Opposition bei den Wahlen zeigt, wie ernst der spanische Zentralstaat deren Anliegen nimmt.

Dass die Kriminalisierung linker Strukturen im Baskenland und in Spanien über den Vorwurf der ETA-Mitgliedschaft läuft, bekommt nicht nur die Linke im



Antifa Jugend Camp 2003

Wo ist das?

Das Camp findet in der Alten Schule in Fredelsloh bei Göttingen statt.

Was ist das?

Das Antifa Jugend Camp findet nun zum vierten Mal bei Göttingen statt. Initiiert wird das Camp von der Antifaschistischen Jugend Göttingen mit Unterstützung der Autonomen Antifa [M] und dem Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. Es geht darum anpolitisierten Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich über antifaschistische Inhalte zu informieren und dabei auch noch Spaß zu haben. Man kann Kontakte mit bereits organisierten Jugendantifas und mit Antifas aus anderen Städten knüpfen. Es werden zahlreiche Workshops und Referate angeboten, bei denen man sich ein genaues Bild von antifaschistischer Politik machen kann. Außerdem will das Camp auch zeigen, dass Antifa mehr ist, als nur gegen Nazis. Es wird unorganisierten Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, sich weiterzubilden über linksradikale Politik. Es wird Workshops unter anderem zu den Themen Jugend Antifa, Warum machen wir das?, Repression und Rechtshilfe, regionale Vernetzung und Antiglobalisierungsbewegung geben. Das genaue Programm wird erst im August bekannt gegeben. Achtet auf weitere Ankündigungen.

Organisatorisches:

Das Camp wird 15 Euro Kosten. Damit einbegriffen sind täglich 3 Mahlzeiten. Es wird einen Shuttle Service von Göttingen aus geben.

Fragen, Infos und Programm unter <http://ajg.antifa.net>

Rückfragen oder Anmeldung: antifa-jugend-goe@web.de

Comeback in Evian?



Frankreich, G8-Gipfel am Genfer See: Der Shooting-Star des ummer der resistance 2001 scheint sich wieder zurückgemeldet zu haben. Der black bloc hatte mit Szenen wie der Verteilung des Inhaltes eines Tankstellen-Shops an die AnwohnerInnen einen ausgesprochen gelungenen Auftritt mit Handküsschen hier, Blumenverschenken dort. Auch ansonsten glänzte er durch Entschlossenheit und breite Beteiligung, und zumindest vor Ort auf der Straße war die Mitwirkung der anderen AkteurInnen, auch des sogenannten gewaltfreien Spektrums, einer guten Vorstellung zuträglich. Nach dem Schock des 11. September und den inner-linken Diskussionen über die Legitimität von militanten Aktionen war das nicht unbedingt zu erwarten. Allerdings bleibt mindestens ein Wermutstropfen: Wer nicht RezipientIn von Indymedia oder anderer linker Medien ist, wird die inhaltliche Aufbereitung der Ereignisse durch die Brille von Organisationen wie Attac oder anderer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) erfahren. Für das linksradikale Spektrum bleibt in der größeren Öffentlichkeit wieder einmal nur das militante Spektakel. Eine inhaltliche Einordnung wäre aber dringend vonnöten. Daher sind Initiativen wie das gemeinsame Mobilisierungsplakat antifaschistischer Gruppen nach Evian oder der Aufruf zum Widerstand gegen das Gipfeltreffen in der Barricada, Zeitung der Organisierten Autonomie aus Nürnberg, aufs Schärfste zu begrüßen.

Dies reicht aber sicherlich nicht aus, um linksradikale Inhalte einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Schon beim Gipfel in Genua hatte man – aufgrund der Repressionserfahrungen von Göteborg – darauf verzichtet, bei

Baskenland, sondern auch ihre UnterstützerInnen zu spüren. Neben der Berliner Sprachlehrerin Gabriele Kanze, die im März 2002 bei der Einreise von der BRD in die Schweiz von den Schweizer Behörden verhaftet und im Januar 2003 an Spanien ausgeliefert wurde, wartet Juan Ramón Rodríguez Fernández (Juanra), Sänger einer spanischen Hardcore-Band und Aktivist der Hausbesetzer-Innenszene in Barcelona, auf seine Auslieferung aus den Niederlanden. Beiden soll in Spanien unter dem Vorwurf der Unterstützung des ETA-Kommandos Barcelona der Prozess gemacht werden.

Im Januar wurde der in Nürnberg lebende Paulo Elkoro von einem Spezialkommando verhaftet. Von spanischer Seite liegen zwei Auslieferungsanträge vor, die ihm vorwerfen, 1997 an einem ETA-Bombenattentat beteiligt gewesen sein zu sollen. Paulo Elkoro, dessen Vater und Bruder bereits in Spanien inhaftiert waren, war schon 1998 in Spanien verhaftet und gefoltert worden. Auf Grundlage des 2001 im Zuge der sogenannten Antiterrorgesetzes neu geschaffenen Paragraphen 129b, mit dem Angehörige ausländischer Organisationen auch in der BRD kriminalisiert werden können, ermittelt die BRD nun selbst gegen ihn. Zur Zeit sitzt Paulo in der JVA Stadelheim. Die erstmalige Anwendung des Paragraphen 129b stellt einen Präzedenzfall dar, so dass die weitere Entwicklung schwer abzusehen ist. Die Erlaubnis zu Akteneinsicht ist bisher verweigert worden. Aus Angst vor der Auslieferung hat Paulo einen Asylantrag gestellt.

Die Vorwürfe gegen alle drei inhaftierten GenossInnen sind ähnlich. Alle Aussagen, die gegen sie vorliegen und welche die Grundlage für die Auslieferungsanträge der spanischen Behörden bilden, sind unter Folter gemacht worden. Dass in Spanien gefoltert wird, ist nichts Neues, kann man selbiges doch selbst bei der UNO nachlesen. Die westeuropäischen Staaten BRD, Niederlande und Schweiz zeigen mit ihrer juristischen Praxis hier einmal mehr, was von den Diskussionen um eine europäische Menschenrechtscharta und ähnlichen Propagandadiskursen zu halten ist: Gar nichts.

Das Faktum von derzeit 550 politischen Gefangenen in Spanien, die Kriminalisierung großer Teile der spanischen und der gesamten baskischen Linken und die gesamteuropäische Repression sollte Grund genug sein, die Linke in der BRD zu veranlassen, ihr Schweigen zu brechen.

Für die baskische Linke gilt: Nach den Wahlen ist vor den Wahlen. Und so werden die AktivistInnen wohl in Zukunft auch ohne parlamentarische Stimmen weitermachen; das Motto ist klar: Independenzia eta Sozialismoa!

Weitere Informationen unter:
zu Paulo Elkoro: www.intsol.de/paulo
zu Juanra: www.freejuanra.org
zu Gabriele Kanze und der politischen Situation im Baskenland allgemein: www.antifakomitee.de/webseite/soli/baskenland.htm und <http://members.freespeech.org/euskadinfo>

Ein antifaschistisches Wochenende im bayerischen Mittenwald

„Saudeppen, seid ihr's!“



Wer kennt sie nicht, diese bayrischen Landschaften und Örtchen, zu denen den AutorInnen eigentlich nur widerliche Dinge wie Heimatfilme, Trachten und im besten Falle noch die Werbespots für „Milka-Schokolade“ einfallen? Wie alle diese Orte wirkt auch Mittenwald an der österreichischen Grenze zunächst surreal, irgendwie dahingemalt und fast idyllisch. Dabei hat es die Kleinstadt in sich: Seit 1952 findet dort die größte deutsche Soldatenfeier statt, das Pfingsttreffen des „Kameradenkreises“, an dem sich ehemalige WehrmachtsgGebirgsjäger und Mitglieder der Bundeswehr-Gebirgsjägertruppen teilnehmen. Auch in diesem Jahr fanden sich etwa 1500 Traditionspfleger auf dem „Hohen Brendten“ bei Mittenwald ein, um an dem „Ehrenmal“ für tote und lebende Massenmörder derselben zu gedenken – u. a. war Alois Eisl anwesend, ehemaliger Bataillonskommandeur der 1. Gebirgsjägerdivision, auf dessen Kommando 1943 das griechische Dorf Akmotopos überfallen und zahlreiche ZivilistInnen abgeschlachtet wurden. Die Gebirgsjäger beteiligten sich während des Zweiten Weltkrieges an 60 Massakern in Europa (vor allem Griechenland), bei denen zehntausende ZivilistInnen ihr Leben lassen mussten. Die deutsche Justiz hat allerdings ganze Arbeit geleistet: Bisher ist nicht ein einziger Gebirgsjäger verurteilt worden. Im letzten Jahr wurde das Pfingsttreffen zum ersten Mal von AntifaschistInnen gestört. Während namentlich bekannte Massenmörder und österreichische „Kameraden“, die ihre Hakenkreuzorden offen zur Schau trugen, ihren widerlichen Festivitäten nachgehen durften, setzte die für ihre Brutalität bekannte bayrische Polizei die AntifaschistInnen in der Jugendherberge fest. Die HistorikerInnengruppe „AK Angreifbare Traditionspflege“ und die VVN-BdA legten den Staatsanwaltschaften in Dortmund, Ludwigsburg und München in-

zwischen 130 Namen noch lebender Mörder vor. Um den öffentlichen Druck zu erhöhen, organisierten sie in diesem Jahr unter anderem ein öffentliches „Hearing“ mit Historikern und Überlebenden der Massaker in Griechenland und Italien zu dem etwa 300 alte und junge AntifaschistInnen angereist waren.

Bei der anschließenden Demonstration zeigte die deutsche Polizei wieder einmal, was sie von antifaschistischen Aktivitäten hält: Noch bevor die Demo, zu der etwa 350 Leute gekommen waren, losgehen konnte, wurde der vordere Block, in dem sich auch die Überlebenden befanden, unter dem Vorwand, die VVN habe dort ein Flugblatt mit unkorrektem V.i.S.d.P. verteilt, von der Staatsmacht angegriffen. Nachdem die wildgewordenen Beamten sich wieder beruhigt hatten, konnte die Demo (besser: der Wanderkessel) fortgesetzt werden. Die AntifaschistInnen waren dabei ständig den Pöbeleien des Volksmobs ausgesetzt, aus einem an der Route gelegenen Café wurde ihnen der Hitlergruß gezeigt, was die sonst so penible bayrische Polizei natürlich nicht interessierte. Trotz massiver Vorkontrollen versammelten sich am nächsten Tag über 300 AktivistInnen an der Zufahrtsstraße zum „Hohen Brendten“ mit Transparenten und protestierten gegen die in Trachten vorbeiziehenden Traditionspfleger. Auch hier zeigte die Polizei ihr wahres Gesicht und ging unter anderem auf den Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann los, während der deutschen Justiz namentlich bekannte Nazimörder in ihren Lederhosen ungehindert passieren konnten. Insgesamt war das Wochenende dennoch ein voller Erfolg, schon allein deshalb, weil die Gebirgsjäger angesichts der anwesenden internationalen Presse und möglicher neuer Verfahren langsam der Spaß am Feiern verloren gehen dürfte. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens der eine oder andere noch vor seinem Tod zur Rechenschaft gezogen wird.

Zoff dem Stoff...

... aus dem Danielowski's Träume sind



„Wem gehört die Stadt?“ titelte vor gut fünf Jahren eine Initiative linker Gruppen in Göttingen, die die Vertreibung von Obdachlosen durch Polizei und private Sicherheitsdienste thematisierte. Als Antwort auf diese wohl rhetorische Frage erwarteten die damaligen InnenstadtakeurInnen sicher ein humanistisches „allen Menschen“ (und vielleicht auch Hunden?). Heute steht diese Frage erneut auf der lokalpolitischen Tagesordnung. „Uns gehört die Stadt!“ stellt eine Koalition der Saubermänner aus Konservativen, Geschäftsleuten und Polizei klar. Vollstreckt werden sollte die aufwendig beworbene Kampagne „Göttingen soll sauberer werden“ ursprünglich von 50 speziell geschulten Müll-„Vollzugsbeamten“. Offenbar haben diese aber bisher wenig Eindruck auf die Alltagsgepflogenheiten der GöttingerInnen machen können. Und so wird jetzt nachgelegt. Bei der Verabschiedung von Polizeichef Niehörster wünschte sich CDU-Frontmann und Oberbürgermeister Jürgen Danielowski mehr Bereitschaftspolizei für Göttingen, insbesondere in der Innenstadt, um ganz unverhohlen unerwünschte Personengruppen zu vertreiben. Gemeint sind unter anderem Obdachlose und eben all jene, die nicht zu bewerten sind und eine geordnete Konsumlandschaft stören könnten.

Ich will Spaß, ich rauch Gras!

Als unerwünschtes Verhalten in den Einkaufspassagen werden seit Jahren bereits öffentliche Partys eingeordnet, die sich weder um Ausschankgenehmigung noch Altersbeschränkung scheren. Wie die heiteren Sommerabende auf dem Wilhelmsplatz oder die jährlichen Zeugnisfeiern am Nabel. Als gelte es, die Wiederholung der Chaostage zu verhindern, wird die Polizei wohl auch in diesem Jahr mit Rucksackkontrollen und Platzverweisen gegen feiernde SchülerInnen vorgehen. Wie der Dialog der Polizei mit der Jugend sonst noch aussehen kann, konnten Interessierte kürzlich rund um die Veranstaltung des LKA-Nordrhein-Westfalen „Zoff dem Stoff“ in der Lokhalle bestaunen. Bei Pommes und echt cooler Mucke erklärten lockere Polizeianwärter den rangekarren Jugendlichen, dass es derbe was auf die Flossen gäbe, wenn sie nach den Teufelsdrogen greifen würden. Auf die Finger bekamen gleich mal einige junge Leute, die mittels Stellwand und Flugblättern der Antifa Jugend



Göttingen [ajg] die Repressionen gegen DrogenkonsumentInnen kritisierten. Ähnlich gut zu sprechen auf die Ordnungshüter sind sicherlich auch die BesucherInnen verschiedener Goa-Partys der letzten Monate. Nach Stürmung oder Einlasskontrollen hatte die Pressestelle der Polizei jeweils wahrhaftig atemberaubende Mengen beschlagnahmter Drogen vorzuweisen. Wenn diesbezüglich den verantwortlichen Beamten wohl selbst der Spott der eigenen Kollegen sicher sein dürfte, ist doch der Effekt für die Betroffenen nicht zu unterschätzen. Unerwünschte Subkulturen werden so beständig bedrängt und sollen schließlich ganz verschwinden.

An den Anblick von mehr Polizei konnten sich auch Göttingens Studierende bereits im Mai dieses Jahres gewöhnen. Die Besetzung des AStA-Gebäudes durch das „Bündnis für freie Räume“ wurde von einem Großaufgebot angereicherter Gewalttäter in Grün beendet, die Gegend um den Unicampus tagelang von ihnen belagert. Unipräsident Horst Kern hält sich noch heute in seiner Aula am Wilhelmsplatz hinter privaten Wachdiensten verschanzt.

Die Parallelität dieser Konflikte ist nicht nur eine zeitliche. In Amt und Würden verschiedener Schlüsselpositionen sitzen in Göttingen heute Konservative oder Polittechnokraten, durch die der allgemeine Trend autoritärer Lösungen für gesellschaftliche Konflikte noch beschleunigt wird. Einen weiteren Schub dürfte diese Entwicklung durch die neue CDU-Landesregierung Niedersachsens bekommen. Die Einführung der „präventiven Telefonüberwachung“, die Erweiterung des Unterbindungsgewahrsams von vier auf zehn Tage oder die Neuaufgabe des „finalen Rettungsschusses“ markieren dieses.

Schwarz-braun ist die Haselnuss

Nun wäre nicht alles kuscheliger, würden wir anstelle einer muffig-schwarzen von einer rotgrünen Stadtregierung belästigt. Die Zwänge des Kapitalismus bleiben bestehen, und welchen Einfallsreichtum die gegenwärtige Bundesregierung bei den Verschärfungen allein im Bereich der Inneren Sicherheit an den Tag gelegt hat, beeindruckte selbst



den bayrischen Innenminister und CSU-Hardliner Günther Beckstein. Dass von diesen neuen Eliten keine Alternativen zu erwarten sind, dokumentiert sich auch im Kleinen. Die Kritik des grünen Kulturjunkies Niels König an den Vorstößen der CDU, zukünftig nur noch kommerzielle Plakatrassen zuzulassen, reichte gerade einmal aus, um für kleine Kultureinrichtungen einen ermäßigten Nutzungspreis von fünfzig Cent vorzu-

den Protesten eigene Symbole zur Schau zu tragen. Dies war dem linksradikalen Spektrum schon damals auf die Füße gefallen, und genauso wurde nun auch in Evian das Feld reformistischen Organisationen wie Attac und Co. überlassen. Die Möglichkeit, sich auf Inhalte zu einigen, die dann durch eine gemeinsame Stimme ans Publikum gebracht werden können, hat die radikale Linke aber bitter nötig, um inhaltlich nicht unterzugehen.

Zwar kann man sich des nicht zu integrierenden Widerspruchs gegen das gesamte gesellschaftliche Verhältnis untereinander mit provokanten Demo-Parolen gegenseitig versichern. Das kann aber noch nicht einmal maßgeblich zur Ausbildung eines politischen Bewusstseins der jeweils Aktiven beitragen, geschweige denn eine Vermittlung in die Gesellschaft hinein schaffen. Die radikale Linke sollte für die Zukunft an der Frage arbeiten, wie eine Struktur aufgebaut werden kann, die dazu geeignet ist, Inhalte an ein größeres Publikum zu bringen. Und es wird einer Menge Experimentierfreudigkeit bedürfen, den grundsätzlichen Widerspruch und das Nicht-Mitmachen-Wollen in der Maschine in eben diese Gesellschaft hineinzutragen. Vielleicht sollte man in Zukunft etwas mehr Verantwortung aufbringen und lange im Vorfeld von solchen Ereignissen gemeinsam mobilisieren und auch vor Ort Strukturen schaffen, damit man sich nicht erst in dem ausschließlichen von NGOs bestimmten Rahmen bewegen muss. Der Gipfel von Thessaloniki, Griechenland (Wochenende 20. bis 22. Juni) steht nun – zum Redaktionsschluss – schon unmittelbar vor der Haustür und man darf gespannt sein, ob die radikale Linke an die Erholung von Evian anknüpfen kann. Enge Zusammenarbeit mit Kräften vor Ort z.B. hat es aber auch für Griechenland im Vorfeld nicht gegeben.



Zoff bei Polizeidisco

Am 11. Juni 2003 veranstalteten die Göttinger Polizei und das Landeskriminalamt NRW zusammen mit dem Göttinger Präventionsverein unter dem Motto „Zoff dem Stoff“ eine Party gegen Drogen in der Lokhalle, an der gut 2000 SchülerInnen aus Göttingen und der Region teilnahmen.

Ziel dieser Veranstaltung sei es, das Thema Drogenprävention den Jugendlichen interessant „rüber zu bringen“, wie es ein Polizeisprecher ausdrückte und sich als sorgender Freund und Helfer darzustellen. Diesen Umstand nahmen die Autonome Antifa [M] und die Antifaschistische Jugend Göttingen zum Anlass, die Ausgrenzung von Drogenabhängigen durch die Gesellschaft und die Verfolgung von Drogenabhängigen durch die Polizei zu kritisieren.

Auf einer Schautafel wurde die alltägliche polizeiliche Repression und Beispiele für Übergriffe von Polizisten auf Drogenabhängige dargestellt. Die Antifaschistische Jugend Göttingen verteilte Flugblätter, die sich explizit gegen die gesellschaftliche Ausgrenzung richteten und gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Leute dazu bewegen, Drogen zu nehmen.

Ein Verteiler wurde daraufhin von der Polizei aufgefordert, seinen Namen zu nennen. Als er nicht sofort reagierte, wurde der Schüler vorübergehend festgenommen und später seinen Eltern übergeben. Ein anderer Verteiler, der daraufhin wegrannte, wurde kurze Zeit später an der Westseite des Bahnhofs von drei Polizisten überwältigt und zu einem Polizeiwagen geschleift, wobei ihm die Arme auf den Rücken gedreht wurden. Nach der Personalienaufnahme erhielt er einen Platzverweis.

Die Personen, die für die Stellwände verantwortlich waren bzw. sich in ihrer Nähe aufhielten, erhielten für die Lokhalle Hausverbot. Das Anliegen der Kundgebung ist soweit erreicht worden: Die Selbstinszenierung der Polizei wurde gestört und den anwesenden SchülerInnen verdeutlicht, wie Polizeiverhalten meistens aussieht.



schlagen. Zuviel gekifft oder was? Nein, das von Danielowski gewünschte Mehr an Polizei-Grün auf Göttingens Straßen würde sich auch mit den Alt-68ern nicht in das Grün von Hanfplantagen verwandeln. Sie treiben die Zuspitzung gesellschaftlicher Verhältnisse lediglich in modernisierter Form voran. Und dennoch: Es bedarf schon der zutiefst reaktionären Geisteshaltung eines Jürgen Danielowski oder Holger Welskop, um ein Ordnungskonzept dieser Prägung in die gesellschaftliche Diskussion zu rotzen. Die Assoziationen, derer sich diese Dreckspatzen bedienen, wenn sie Müll und Obdachlose in einer Argumentationskette benennen oder die nichtkommerzielle Plakatkultur als unästhetisch empfinden, sind Ausdruck der tiefbraunen Untiefen ihrer unaufgeräumten Seelenhygiene.

Linke Räume erkämpfen!

Fragt sich, was die Linke tun kann. Dass sie sich verhalten sollte, sei hier vorausgesetzt, als eine Notwendigkeit, denn sie ist betroffen und ihr wird buchstäblich der Raum genommen. Gemeint ist dieses ganz konkret: Räume wie der BG-Geschichte Raum als Treffpunkt, als Struktur für Gruppen, als Anlaufort für Interessierte. Räume wie die „wilden“ Plakatflächen, auf denen die Linke wahrnehmbar ist, über die Kommunikation stattfindet. Räume wie die Straße, als Ort von Demonstrationen oder kulturellen Lebens. Dort, wo der Linken diese Räume genommen werden, ist sie immer auch einen weiteren Schritt als wahrnehmbarer gesellschaftlicher Faktor zurückgedrängt. Dort, wo es der Linken nicht gelingt, diese Räume konkret und gesellschaftlich zu verteidigen, werden die nächsten Angriffe auf dem Fuße folgen.

Gerade darum war die mäßige Solidarität eines großen Teils der Göttinger Linken mit den BesetzerInnen des BG-Geschichte Raumes eine törichte Dummheit. Zugegeben: Kulturell hatten die AktivistInnen für traditionelle Szeneschickis nicht viel anzubieten. Auch die politische Konzeptlosigkeit, mitunter auch ein heikler Umgang mit kritischen Situationen, dürften ihr Übriges getan haben, um eine mögliche Dynamik auszu-bremsen. Letztendlich haben die BesetzerInnen aber einen ernsthaften Versuch unternommen, dem selbstsicheren Fortschreiten von neoliberaler Stiftungsuni, rechten Burschis und karrieregeilem Mainstream die Stirn zu bieten und eine aktionistische Linke an der Uni wieder wahrnehmbar zu machen. Dass

Eindrücke aus dem Kampf zum Erhalt des BG-Geschichte-Raums im AStA

diesem Projekt weder breitere politische Rücken- deckung noch ein hübsches Abschiedsfeuerwerk zuteil kam, wird Unipräsident Kern und Konsorten für die Zukunft nicht gerade zu weiterer Zurückhaltung anhalten.

Dabei könnte das Gebaren der Liebhaber von Leistungsordnungsauferkeit von der Göttinger Linken doch gerade zum Anlass genommen werden, um spek- trenübergreifend das Wohnzimmer zu beschmutzen. Das beinhaltet aber, sich zu verhalten und auf andere zuzugehen. Sowohl innerhalb der gepflegten Grüpp- chenlandschaft als auch über die politische Linke hin- aus. Auf Spektren, die von Danielowskis Putztick be- troffen sind und von denen tendenziell ein antiauto- ritärer Reflex zu erhoffen ist.

Danielowski muss sauberer werden!

Das Schöne an den Konservativen ist, dass es gar kei- ner großen Anstrengungen bedarf, um mit ihnen so richtig Zoff zu haben. Was haben wir doch gelacht, als CDU-Angie vor ihrer RentnerInnenurkentruppe am Gänseliesel die Fassung über unsere Frechheiten verlor. „Geht erst mal arbeiten!“ ist genau die richtige Antwort auf das Gegrünze des rechten AStAs. Was wird doch Göttingens mächtigster Hausmeister lachen, wenn er in diesen Tagen mit Pickelhaube und Stech- schritt durch seine Straßen schlendert und ihn an je- der Ecke die Plakate „Danielowski muss sauberer wer- den! Wildplakatieren erwünscht!“ anspringen. Um Erlaubnis gebeten hat ihn mit Sicherheit niemand. Werden Bereitschaftspolizei und die unauffälligen Jungs vom vierten Kommissariat potentielle Kippen- wegwerferInnen oder PlakatiererInnen jetzt präventiv beschatten, belauschen, zehn Tage einsperren und in putativer Notwehr erschießen? Treiben wir sie in den Wahnsinn. Uns gehört die Stadt, wenn wir sie uns neh- men!



Agenda 2010

Berliner Republik. An Schröders „Agenda 2010“ findet in diesen Wochen anscheinend eine ordentliche Polarisierung statt. Nachdem die „Agenda“ erwartungsgemäß durch eine breite Mehrheit der SPD abgesegnet wurde, kündigten die Gewerkschaften weitere Proteste an. Immerhin steht einiges auf dem Spiel: Kürzung des Arbeitslosengeldes, Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, Lockerung des Kündigungsschutzes und viele weitere Schweinereien. Diese Frontstellung der Gewerkschaften gegenüber der SPD, diese breite Mobilisierung war eher nicht zu erwarten. Nichtsdestotrotz muß es um eine Kritik der aktuellen gewerkschaftlichen Position gehen, zumal diese innerhalb der Standort-Logik verbleibt.

In den 70er Jahren noch hätte man politische Entwicklungen wie die „Agenda 2010“ seitens der Gewerkschaften als „Klassenkampf von oben“ geißelt. Dem hatte man einen Klassenkampf entgegenzusetzen, der schon damals bekanntlich kein revolutionärer war. Letzterer müßte auf die Abschaffung der Lohnarbeit abzielen, anstatt bloß deren Reproduktionsbedingungen zu verbessern. In der Anhebung des allgemeinen Lebensstandards also besteht das klassische Anliegen gewerkschaftlicher Politik. Klassenkämpferisch wird dieses Ziel erst, weil das Interesse des Kapitals nicht immer schon mitgedacht ist, wie dies bei jeder „Standort Deutschland“-Position der Fall ist.

In ihrer Kritik der „Agenda 2010“ geben sich die Gewerkschaften ungewohnt konsequent: Sie sagen „Nein!“ und fordern stattdessen einen solidarischen Sozialstaat. Natürlich können sie nicht darauf verzichten, streberhaft die ewig gleichen wirtschaftspolitischen Verbesserungsvorschläge aus der Mottenkiste zu kramen:

„Unsere Wirtschaft lahmt, die Nachfrage hinkt. Wir brauchen ein staatliches Investitionsprogramm, das unsere Wirtschaft ankurbelt und Arbeitsplätze sichert und schafft.“

Bezahlen sollen es die Reichen und die Unternehmen. Daher wird die Einführung einer Vermögenssteuer, eine veränderte Erbschaftssteuer und eine effektive Besteuerung der Unternehmen gefordert. Die Unternehmen sollen also einerseits nicht dadurch stärker werden, indem sie der hiesigen Arbeiterklasse weniger Geld zum Leben lassen. Andererseits aber sollen die Unternehmen fett sein, damit es sich lohnt. Die Erfüllung dieser Bedingungen stellt sich der DGB so vor:

„Wir brauchen Investitionen in Bildung, Infrastruktur, moderne Dienstleistungen und Technologien, damit Deutschland seinen Spitzenplatz unter den Industrienationen behaupten kann.“

Es geht also darum, sich weiterhin für Deutschland ins Zeug zu werfen, damit deutsche Unternehmen siegreich bleiben. In letzter Konsequenz wird dabei der eine Nationalismus, der das „eigene Volk“

verheizt, indem das Lohnniveau zugunsten des „Gemeinwohls“ heruntergesetzt wird, bloß gegen einen anderen eingetauscht, in dem das geeinigte Volk im „alltäglichen Kampf der Völker“ seinen Teil nach Hause tragen soll.

Eine Polemik? Mag sein. Es geht auch gar nicht darum, die modernisierte Fassung gewerkschaftlicher Kritik mit faschistischer „Kapitalismus-Kritik“ in einen Topf zu werfen. Doch wenn der Faschismus auch viel radikaler und offen sozialdarwinistisch daherkommt, so bleibt derselbe wirtschaftspolitische Verbesserungsvorschlag und damit ebenfalls ein positiver Bezug auf die „deutsche Wirtschaft“ und die Nation. Gewerkschaften mit unterschiedlicher politischer Zielsetzung gibt es schon ziemlich lange. Weil die Arbeiterklasse während der 30er Jahre kaum korporatistisch (sozialpartnerschaftlich) gedacht hatte, ist es wenig verwunderlich, daß eine „NSBO“ (Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation) – die Arbeiterorganisation der NSDAP – kaum Erfolge zu verzeichnen hatte. Es erscheint dagegen fragwürdig, ob die heutigen Gewerkschaftsmitglieder einer neuen „NSBO“ viel entgegenzusetzen wüßten.



Deutschland ist nicht überall – Widerstand gegen Sozialkürzungen in Frankreich

Mehr als doppelt frei: Die neue Arbeiterklasse

Die gewerkschaftliche Schwäche, nicht nur die zahlenmäßige sondern auch die inhaltliche Schwäche, hat verschiedene Gründe. Eine erste große Rahmenbedingung für den Niedergang der Gewerkschaften war die aufkommende Massenarbeitslosigkeit seit den 70er Jahren. Bekanntlich schwächt eine geringe Nachfrage nach Arbeitskräften den gewerkschaftlichen Standpunkt. Das Äquivalent der Massenarbeitslosigkeit stellte die sogenannte Ölkrise dar. Infolge dieser Krise kam es zu einigen strukturellen Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktion. Der Bedarf an einheitlich fabrizierter Massenware war weitgehend gedeckt. So kam es zu einer Ausweitung der Produktpaletten, deren aufwendigere Herstellung nicht nur höhere Preise, sondern auch ausdifferenziertere Tätigkeiten nach sich zog. Letzteren entspricht eine Hierarchisierung der Arbeiterklasse, so daß eine gewerkschaftliche Vertretung, die stets nur eine kollektive sein kann, weiter erschwert wurde. Gleichzeitig mit der Individualisierung der Arbeitsverhältnisse und der Massenarbeitslosigkeit kamen vermehrt prekäre Jobs

Splitter

+++ Keine Freude an ihrem Aufmarsch hatte die NPD am 24. Mai 2003 in Hannover. Nach einer antifaschistischen Gegen-demonstration mit ca. 2000 TeilnehmerInnen versuchte die Polizei zwar, die AktivistInnen mit allen Mitteln von der Naziroute fernzuhalten. Trotz Festnahmen, Einkesselungen und Angriffen mit Pferdestaffeln gelang es dennoch vielen AntifaschistInnen, nah an das Häufchen von 120 Nazis heranzukommen. Diese konnten keinen Schritt machen, ohne Beschimpfungen und materielle Protestäußerungen an den Kopf geworfen zu bekommen. +++

+++ Horst Kern, Präsident der Uni Göttingen, beteiligt sich auf seine Weise am Projekt „Saubere Stadt“. Vier im Zuge der Räumung des besetzten AStAs festgenommene Personen (siehe Artikel) erhielten kürzlich Post vom Präsi: Der erteilte ihnen Hausverbote, im Fall von Studierenden für einzelne Gebäude, Nicht-Immatrikulierte sollen die ganze Uni nicht mehr betreten dürfen. Ob deshalb demnächst in Vorlesungen, auf Parties und anderen Veranstaltungen an der Uni Personenkontrollen durchgeführt werden, ließ sich nicht in Erfahrung bringen. +++

+++ Lutte des classes: Nach einer Gewerkschaftsdemonstration in Paris am 9. Juni 2003 errichtete ein „bloc noir“ brennende Barrikaden und griff die Polizei an. Seit Wochen rollt in Frankreich eine breite Protest- und Streikwelle gegen das soziale Kahlschlagsprogramm der Regierung. +++

auf. Damit sind Arbeitsverhältnisse unter miesesten Bedingungen gemeint: Kein Kündigungsschutz, keine Sozialversicherung, schlechte Bezahlung und oft noch unangenehme Arbeit. Dort, wo Gewerkschaften eigentlich notwendiger denn je wären, haben sie praktisch gar keine Verankerungspunkte. Wie sich an verschiedenen anderen Beispielen (Patriarchat, Rassismus etc.) zeigen ließe, kamen stets dort falsche Analysen heraus, wo die Unterworfenen nur als Opfer wahrgenommen wurden. Aufgrund der Komplexität der Verhältnisse wird die Unterwerfung häufig nicht als solche erlebt, sondern mitunter als Freiheitsgewinn. So käme es darauf an, den Anfangsgründen einer Bewusstseinsveränderung innerhalb der Arbeiterklasse nachzuspüren. Die verschärfte Konkurrenz kann zu ganz verschiedenen Resultaten führen. Den Siegern gibt sie Bestätigung, denen, die begründet oder unbegründet Angst vor sozialem Abstieg haben, womöglich ein Gefühl permanenter Unsicherheit. Die meisten werden versuchen, sich als Sieger zu präsentieren, oder jedenfalls als solche, die die Konkurrenz nicht zu scheuen brauchen. Solidarität erscheint als etwas für Schwache, für solche, die's alleine nicht können. Die Unternehmen werden im Zuge dieser Transformationen zu entpolitisierten Räumen. Alles ist ein Spiel, bei dem für den einen mehr abfällt als für andere – und manche gehn halt vor die Hunde.

Dass es prinzipiell auch anders geht, dass sich die Betroffenen gegen den Angriff auf erkämpfte Rechte wehren können, zeigt der Blick über die Grenzen Deutschlands hinaus, etwa nach Frankreich.



Sex, Drugs and Rock'n Roll

Wer anderen glaubhaft vermittelt, was sie tun müssen, um frei zu sein, verdient dabei Millionen. Und wenn es keine neuen Ideen mehr gibt, gräbt man die alten wieder aus und verkauft sie an solche, die sie noch nicht kennen. Ein Dilemma für die Linke, wie es scheint. Was anderes als Befreiung kann sie schon bieten. Nun kann die einst vom Kapital geraubte und okkupierte Idee nicht einfach wieder neu in Szene gesetzt werden. Was bei „Ton, Steine, Scherben“ und den Befreiungsbewegungen des Trikont noch geht (resp. ging), funktioniert heute schon lange nicht mehr. Dass sich (Ex-)Studierende beim „In-die-Betriebe-gehen“, um die Befreiung der Arbeiterklasse voranzu-

treiben, eine blutige Nase, mindestens aber eine dicke Hand voll Frust geholt haben, kam wohl damals schon nicht selten vor.

Wie einige kritische Menschen immer wieder geltend gemacht haben, steht es mit den Bedingungen für Emanzipation derzeit nicht zum Besten. Die Massenarbeitslosigkeit, die Individualisierung der Lohnarbeit und damit die Entkollektivierung der Arbeiterklasse, die Defensiv-gewerkschaftlicher Positionen, schließlich: „das Elend der Befreiung“ gehören zu den wesentlichen Rahmenbedingungen linken Siechtums.

Urlaub von Deutschland...

...ist sicher eine prima Idee, wenn man ihn sich leisten kann. Der Linken dagegen bleibt (außer einpacken) keine andere Möglichkeit, als weiter nach der „echten Freiheit“ zu trachten, auch wenn sie anders davon sprechen sollte. Mit diesem Anspruch angetreten, verfehlte die Pop-Linke ihr Ziel um Längen. Befreiungsversprechungen wurden nicht aufgehoben, sondern scheinbar entpolitisiert, indem man sie gegen diejenigen des Mainstreams ersetzte. In dessen Windschatten glaubte man, politische Inhalte wieder attraktiv machen zu können. Damit erweist sich die Pop-Linke nicht als Aufhebung, sondern als bloße Entgegensetzung der klassischen Autonomen.

Im Zuge der sozialen Bewegungen, wo auch viel von „Freiheit“ und „freien Räumen“ gesprochen wurde, ging der Bezug zur sozialen Frage weitgehend unter. Für diese Entwicklung kann nicht allein der Dogmatismus der K-Gruppen verantwortlich gemacht werden. Gerade heute käme es darauf an, sich dieser Frage von linker Seite her neu zu widmen. Die „Anti-Globalisierungsbewegung“ hat erste Schritte in diese Richtung unternommen, obwohl sie inhaltlich kaum über gewerkschaftliche Kritik hinausreicht und sich bisher nicht selten dem Kapital als Hilfssheriff ange-dient hat.

Wertkritik, Pop-Kritik oder -Kultur?

Bitte, bitte, nichts von alledem! Dass die Möglichkeiten linker Politik derzeit alles andere als rosig erscheinen, dürfte deutlich geworden sein. Wie gesagt, ohne den Willen zur Intervention kann

die Linke einpacken. Dass es keine goldigen Praxis-Vorschläge zu servieren gibt, muss nicht heißen, dass es derzeitig überhaupt keine Möglichkeiten gäbe. Bewährt hat sich bisher am ehesten das Prinzip der „2. Intervention“: Dort eingreifen, wo sich schon einmal Leute für ein Thema interessieren, an dem eine radikale Gesellschaftskritik formulierbar ist, zum Beispiel Sozialreformen, Gewerkschaftspositionen, Schill-Partei („schlanker Faschismus“), „Globalisierungsbewegung“.

Wenn es dabei gelingt, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen beziehungsweise die veränderten Rahmenbedingungen für linke Politik zu berücksichtigen, ist zwar noch kein Erfolg garantiert, aber vielleicht wird man sich dann manche Enttäuschung ersparen können und sich weniger selbst belügen.

TERMIN

Thessanoliqi

19.06.–22.06.2003

EU-Gipfel & global action

Infos z.B.:

www.is-kassel.de/aak

Berlin

21.06.2003

Räume öffnen - Berlin entern Demo

18 Uhr · Lausitzer Platz · Kreuzberg

Göttingen

21.06.2003

Demonstration Stop Deportacije

12 Uhr · Altes Rathaus

30.08.2003

Konzert der Antifa Jugend Göttingen

Juzl · Bürgertsr. 41

12.09.-14.09.2003

Antifa Jugend Camp 2003

Alte Schule · Fredelsloh

Wiesbaden

27.06.2003

*Zehnter Jahrestag von Wolfgang Grams
Tod. Spaziergang zum Grab*

Münster

27.06.2003

*Kundgebungen um 17 Uhr am Prinzipalmarkt und um 17.30 Uhr am Kuast.
Anschließend Diskussionsveranstaltung mit der Antifa [M] und der Soligruppe
Magdeburg*

Marburg

05.07. & 06.07.2003

*Marktfriühshoppen der Burschis in
Marburg*

Termine für Gegenaktionen im Internet

Dortmund

12.07.2003

*Demonstration – Krieg den deutschen
Zuständen*

12 Uhr · Dortmund-Brechten

Köln

31.07. - 10.08.2003

6. antirassistisches Grenzcamp

Reggio Emilia

09.07.-13.07.2003

*Mondiali – Antirassistische Fußball-
WM in Italien*